

Pressemitteilung

CDU mit drei bau- bzw. verkehrspolitischen Anträgen

Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Bikes, Bearbeitungsstand verschiedener Bebauungsverfahren und Förderung von Mini-Solaranlagen im Geschäftsgang.

GIESSEN. Zur kommenden Sitzung der Gießener Stadtverordnetenversammlung Anfang Juni reicht die CDU-Fraktion drei bau- bzw. verkehrspolitische Anträge in den Geschäftseingang ein.

So fordern die Christdemokraten unter anderem, dass die Anschaffung von Mini-Solaranlagen bzw. Balkonanlagen durch Privatpersonen gefördert werden sollen. Die Förderung soll dabei 25% der Anschaffungskosten betragen, maximal jedoch 250,00 €. In den Haushalt 2023 ist dafür ein Betrag in Höhe von 25.000 Euro eingestellt werden. Begleitend dazu soll der Magistrat der Stadt Gießen eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung - spätestens zu den Haushaltsberatungen für 2023 - zur Beschlussfassung vorlegen. Begründet wird der Antrag durch die Fraktion, dass der Klimawandel mit Extremwetterlagen und deren fatalen Auswirkungen die größte Herausforderung für nachfolgende Generationen sind. Mittlerweile sind sich alle einig, nur ein entschlossenes Vorgehen hilft, die Klimaschutzziele zu erreichen.

„Den Klimawandel können wir nur durch eine Energiewende eindämmen. Je eher wir handeln, umso weniger drastisch werden die Auswirkungen der Erderwärmung für uns sein. Investitionen in die Photovoltaik sind einer der wichtigsten Schritte, um die dramatischen Folgen der Erderwärmung zu begrenzen. Dabei ist jeder von uns gefragt, d.h. alle sind aufgefordert den Klimaschutz mit viel Eigeninitiative voranzutreiben, damit eine rasche Kehrtwende in der Energieversorgung erreicht wird. Aus diesem Grund wollen wir mit der Förderung von Kleinanlagen vor allem Privathaushalte, Mieterinnen und Mieter motivieren, ihre Balkone und Dächer mit Solarzellen auszustatten“, erläutert die Initiatorin des Antrags, Christine G. Wagener.

Des Weiteren bittet die CDU-Fraktion den Magistrat, ab der kommenden Sitzung des zuständigen Ausschusses jeweils quartalsweise über den aktuellen Bearbeitungsstand der Bebauungspläne betreffend das „Brauhausgelände“ und des ehemaligen „Kino-Centers“ in der Bahnhofstraße zu informieren. Ergänzend dazu soll auch über den Stand größerer Bauvorhaben auf dem Gelände und des Umfelds des ehemaligen amerikanischen Theaters in der Rödgener Straße informiert werden.

„Alle genannten Bebauungsplanverfahren und Baumaßnahmen wurden bereits durch die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss auf den Weg gebracht oder waren Bestandteil der

Pressemitteilung

öffentlichen Berichterstattung. Da weder in der Öffentlichkeit noch im zuständigen Ausschuss seither über den aktuellen Stand der Bearbeitung bzw. Aufstellung informiert wurde, soll dies ab der kommenden Sitzung des zuständigen Ausschusses umfassend und quartalsweise erfolgen, wozu dann auch die Möglichkeit für Nachfragen und ggf. Aussprache besteht“, meint Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller.

Zuletzt fordert die CDU-Fraktion vom Magistrat, eine Prioritätenliste für den Ausbau der Ladeinfrastruktur von E-Bikes zu erstellen und über diese innerhalb der nächsten sechs Monate Bericht zu erstatten. „Schon seit einigen Jahren sind die Verkaufszahlen für Räder mit elektronischem Unterstützungsantrieb stark angestiegen – nochmals verstärkt durch die Corona-Pandemie. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, muss auch deren Ladeinfrastruktur in Gießen ausgebaut werden“, sagt der Initiator des Antrags, Michael Oswald.

Hierzu soll der Magistrat der Universitätsstadt Gießen Gespräche mit Grundstückseigentümern, Einzelhändlern und anderen städtischen Akteuren führen und darauf aufbauend eine Prioritätenliste für den Ausbau der Ladeinfrastruktur von E-Bikes erstellen. Ein Vorbild dafür kann die Stadt Wetzlar sein, die derzeit vier Standorte von Ladeinfrastrukturen für E-Bikes ausweist, davon sogar drei kostenfreie.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung